

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Döbelf 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme mindestens 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungstermin für beide Hefen in Berlin.

Berlin, den 30. August 1930

Die Listen der KPD.

Inf. ins. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Wie sie zustandekamen und wie sie aussehen.

SPD. Alle Parteien haben bisher in der Öffentlichkeit einen Ueberblick über ihre Kandidatenlisten gegeben, nur die Kommunistische Partei nicht. Die zentrale der Kommunistischen Partei vertritt die Anschauung: wen gehen unsere Listen etwas an? Die Zentrale und ihre Mameluken wissen, wen sie auf die Listen geschoben haben, und die Geschobenen wissen es auch. Mit jenem Grad von Zynismus, der den führenden Kommunisten zu eigen ist, sagen sie: wen sollte es sonst noch interessieren? Etwa die Mitglieder der Kommunistischen Partei? Die haben nichts zu sagen, nichts zu bestimmen, nur das Maul zu halten und zu gehorchen, und ihre Stimmen für die Kandidaten abzugeben, die sie zum Teil überhaupt noch nicht gesehen haben. Es ist nicht gut, dass die Mitglieder der Kommunistischen Partei einen Ueberblick über die Gesamtheit der kommunistischen Listen erhalten, denn sonst würden sie erkennen, dass eine grandiose Schiebung vorgenommen worden ist und dass die in der Kommunistischen Partei herrschende Clique die sicheren Reichstagsmandate ihren getreuesten Mameluken verschafft hat.

Bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten hat die kommunistische Zentrale die Belohnungen ausgeteilt für die Funktionäre, die zu kuschen verstehen, die den Rücken nach oben krumm machen und in 24 Stunden 48 mal grundsätzlich ihre Ueberzeugung und Meinung zu ändern vermögen. Wer am meisten Kreatur war, darf nun dem kommunistischen Fussvolk als Anwärter auf ein sicheres Reichstagsmandat entgentreten. Es ist selbstverständlich, dass die Vorbilder des Mamelukentums in der Kommunistischen Partei, an der Spitze Wilhelm Koenen und Walter Stöcker, auch diesmal wieder ihre Mandate gerettet haben.

Ein sehr erheblicher Teil der alten kommunistischen Reichstagsfraktion aber wird nicht wiederkehren. Alle jene Abgeordneten, die geglaubt haben, sie dürften, wenn auch ganz untertänigst, so etwa wie eine eigene Meinung haben, sind erbarungslos abgesägt worden. Selbstverständlich sind alle Oppositionellen von links und von rechts geflogen und die sogenannten Versöhnler mit ihnen. In den Wahlkreisen des Bezirks Berlin-Brandenburg sind allein sieben bisherige Reichstagsabgeordnete nicht wieder aufgestellt worden, so die Abgeordneten Martha Arendse und Wilhelm Repschläger, Arthur Ewert, Theodor Beutling, Hans Pfeiffer, Georg Kassler und Paul Papke. Im Bezirk Halle hat der bisherige Bezirkssekretär Hans Schröder und der "Leunarevolutionär" Schmitt daran glauben müssen, im Wahlkreis Leipzig der ultralinke Arthur Vogt und der Führer der Versöhnler Georg Schumann.

So wie in diesen Kreisen ist es überall, und die Methode, nach der die kommunistischen Listen zusammengeschoben worden sind, ist ebenfalls überall dieselbe. Die Bezirksleitung bestimmt sie diktatorisch, die Mitglieder haben überhaupt nicht mitzureden. Die Bezirksleitungen aber sind besetzt mit den Kreaturen der Zentrale. In einzelnen Bezirken haben einzelne Illusionisten geglaubt, dass es in der Kommunistischen Partei wenigstens noch eine Demokratie innerhalb der Partei gebe. So hat im Bezirk Hamburg ein Kommunist namens Zimmermann, der bereits auf der Kandidatenliste stand, eine Lippe gegen Thälmann riskiert. Er wurde so-

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Ami Deuboff 4196/4195



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerschrift: Copaldruck

Die Veröffentlichung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Bewilligung gestattet. Abdringung halberfalls 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckkosten für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 30. August 1930

Die Listen der KPD.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Wie sie zustandekamen und wie sie aussahen.

SPD. Alle Parteien haben bisher in der Öffentlichkeit einen Ueberblick über ihre Kandidatenlisten gegeben, nur die Kommunistische Partei nicht. Die Zentrale der Kommunistischen Partei vertritt die Anschauung,: wen gehen unsere Listen etwas an? Die Zentrale und ihre Mameluken wissen, wen sie auf die Listen geschoben haben, und die Geschobenen wissen es auch. Mit jenem Grad von Zynismus, der den führenden Kommunisten zu eigen ist, sagen sie: wen sollte es sonst noch interessieren? Etwa die Mitglieder der Kommunistischen Partei? Die haben nichts zu sagen, nichts zu bestimmen, nur das Maul zu halten und zu gehorchen, und ihre Stimmen für die Kandidaten abzugeben, die sie zum Teil überhaupt noch nicht gesehen haben. Es ist nicht gut, dass die Mitglieder der Kommunistischen Partei einen Ueberblick über die Gesamtheit der kommunistischen Listen erhalten, denn sonst würden sie erkennen, dass eine grandiose Schiebung vorgenommen worden ist und dass die in der Kommunistischen Partei herrschende Clique die sicheren Reichstagsmandate ihren getreuesten Mameluken verschafft hat.

Bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten hat die kommunistische Zentrale die Belohnungen ausgeteilt für die Funktionäre, die zu kuschen verstehen, die den Rücken nach oben krumm machen und in 24 Stunden 48 mal grundsätzlich ihre Ueberzeugung und Meinung zu ändern vermögen. Wer am meisten Kreatur war, darf nun dem kommunistischen Fussvolk als Anwärter auf ein sicheres Reichstagsmandat entgetreten. Es ist selbstverständlich, dass die Vorbilder des Mamelukentums in der Kommunistischen Partei, an der Spitze Wilhelm Koenen und Walter Stöcker, auch diesmal wieder ihre Mandate gerettet haben.

Ein sehr erheblicher Teil der alten kommunistischen Reichstagsfraktion aber wird nicht wiederkehren. Alle jene Abgeordneten, die geglaubt haben, sie dürften, wenn auch ganz untertänigst, so etwas wie eine eigene Meinung haben, sind erbärmungslos abgesägt worden. Selbstverständlich sind alle Oppositionellen von links und von rechts geflogen und die sogenannten Versöhnler mit ihnen. In den Wahlkreisen des Bezirks Berlin-Brandenburg sind allein sieben bisherige Reichstagsabgeordnete nicht wieder aufgestellt worden, so die Abgeordneten Martha Arendsse und Wilhelm Repschläger, Arthur Ewert, Theodor Beutling, Hans Pfeiffer, Georg Kassler und Paul Papke. Im Bezirk Halle hat der bisherige Bezirkssekretär Hans Schröder und der "Leunarevolutionär" Schmitt daran glauben müssen, im Wahlkreis Leipzig der ultralinke Arthur Vogt und der Führer der Versöhnler Georg Schumann.

So wie in diesen Kreisen ist es überall, und die Methode, nach der die kommunistischen Listen zusammengeschoben worden sind, ist ebenfalls überall dieselbe. Die Bezirksleitung bestimmt sie diktatorisch, die Mitglieder haben überhaupt nicht mitzureden. Die Bezirksleitungen aber sind besetzt mit den Kreaturen der Zentrale. In einzelnen Bezirken haben einzelne Illusionisten geglaubt, dass es in der Kommunistischen Partei wenigstens noch eine Demokratie innerhalb der Partei gebe. So hat im Bezirk Hamburg ein Kommunist namens Zimmermann, der bereits auf der Kandidatenliste stand, eine Lippe gegen Thälmann riskiert. Er wurde so-

fort von der Liste gestrichen und der erboote Teddy Thälmann drohte ihm wegen seiner Insubordination obendrein noch den Ausschluss aus der Partei an. Im Bezirk Halle suchte die kommunistische Bezirksleitung anstelle des abgesägten Leunamannes einen neuen Kandidaten aus dem Leunawerk. Nach langem Suchen fand sie glücklich einen Betriebsrat, der sich auf die Liste setzen liess, natürlich nicht an aussichtsreicher Stelle. Seine Kandidatur hat bei seinen Kollegen allgemeines Erstaunen hervorgerufen, der neue kommunistische Reichstagskandidat hatte nämlich bisher noch nicht den Mut gehabt, seinen Betriebskollegen gegenüber zu gestehen, dass er Kommunist sei. Das ist das richtige Material für die Mameluken der kommunistischen Zentrale!

Nachdem auf diese Weise die kommunistischen Listen zusammengeschoben waren, hat man sich krampfhaft bemüht, ihnen ein proletarisches Mäntelchen umzuhängen. Die Spitzenkandidaten sind ausnahmslos Parteiangestellte und Funktionäre. Sie werden auf den Listen nicht unter ihren heutigen Berufen geführt, sondern unter den Berufen, die sie früher einmal ausgeübt haben. Man weiss ja: Transportarbeiter Thälmann. Die Leipziger Liste z.B. wird geführt von dem Parteiangestellten Siegfried Rädcl, dem Schriftsteller Kippenberger und dem Bezirkssekretär Fritz Emmerich. Sie werden den Wählern angepriesen als Zimmermann Rädcl, Baukangestellter Kippenberger und Textilarbeiter Emmerich.

So sind die Listen der Kommunistischen Partei zustande gekommen und so sehen sie aus. Wer nun Lust hat, Mameluken in den Reichstag zu schicken, Kreaturen ohne Rückgrat und Charakter, der braucht nur noch die Liste der KPD zu wählen!

SPD. Warschau, 30. August (Eig. Drahtb.)

Der polnische Sejm und Senat sind am Sonnabend durch Dekret des Staatspräsidenten, das von Pilsudski als Ministerpräsidenten gegengezeichnet wurde, aufgelöst worden. Die Neuwahlen zum Sejm wurden auf den 16., zum Senat auf den 23. November festgesetzt. Als Grund für die Auflösung des Parlaments heisst es in einer Erklärung des Staatspräsidenten, dass die wichtigste Aufgabe die Reform der gegenwärtigen Verfassung sei. Da aber die Verfassungsreform nicht mit Hilfe des jetzigen Parlaments hätte durchgeführt werden können, sei seine Auflösung notwendig gewesen.

Dem bevorstehenden Wahlkampf sieht man nach dem Ueberfall auf den oppositionellen Bauernführer Dombki allgemein mit grosser Besorgnis entgegen. Wahrscheinlich werden die Regierungsbehörden nichts unversucht lassen, um ihrem stark zusammengeschrumpften Anhang durch Terror zu einer starken Vertretung im Parlament zu verhelfen. Wie das "ABC" am Sonnabend meldet, waren ausser auf Dombki noch mehrere Ueberfälle auf führende oppositionelle Abgeordnete geplant.

Der oberschlesische Sejm, der Ende Juni zwangsweise vom Staatspräsidenten vertagt worden war, ist am Sonnabend durch eine Verordnung zum 9. September einberufen worden.

SPD. In der Sonnabend-Ausgabe des Organs der christlichen Gewerkschaften, des "Deutschen", beschäftigt sich der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Bernhard Otte in ausführlicher Weise mit der Frage "Christliche Gewerkschaften und politische Parteien". Otte betont in seinem Artikel, dass die christliche Gewerkschaftsbewegung sich gegenüber allen bürgerlichen Parteien parteipolitisch neutral verhält. Der Sozialdemokratie gelte jedoch ihr Kampf, und dieser Kampf sei in dem gegenwärtigen Wahlkampf besonders scharf.

Was Otte sagt, ist nichts Neues, und weil es nichts Neues ist, wird man sich wundern, dass von höchster Stelle der christlichen Gewerkschaften gerade jetzt alle Kamellen mit einem gewissen Nachdruck wiederholt werden. Aber schliesslich kann auch die Wiederholung aller Kamellen einen Sinn haben, und wie wir zu wissen glauben, haben die Kamellen des Herrn Otte sogar einen tieferen Sinn. Es ist nicht unbekannt geblieben, dass die Nationalsozialisten in letzter Zeit in einem

Teil der zu den christlichen Gewerkschaften zählenden Organisationen ziemlich stark Fuss gefasst haben. Sie haben zwar noch keinen grossen Einfluss auf die einzelnen christlichen Bewegungen, aber sie suchen Einfluss zu gewinnen und handeln dabei, wie es scheint, nach bestimmten Anweisungen aus München. Die Zentrale der christlichen Gewerkschaften hat den Dingen eine zeitlang völlig willenlos zugesehen, bis es zur Auflösung des Reichstags kam und sie sich durch das Verhalten der Nationalsozialisten insbesondere im Wahlkampf zu einer Stellungnahme veranlasst sah. Das war vor etwa 14 Tagen. Was jedoch bei der in Berlin abgehaltenen Sitzung herausgekommen ist hat die Öffentlichkeit von zuständiger Seite bisher ebensowenig erfahren wie der christliche Metallarbeiter oder christliche Bergarbeiter im Lande.

Der Artikel des Herrn Otte lüftet das Geheimnis! Nicht durch die ollen Kammellen, die in ihm verzeichnet stehen, sondern durch das, was nicht in ihm enthalten ist und doch angesichts der vor etwa 14 Tagen abgehaltenen Sitzung in ihm enthalten sein müsste! Er lüftet das Geheimnis insofern, als nach Otte die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften, bis auf die Sozialdemokratie, gegenüber allen Parteien gilt, also auch gegenüber den Nationalsozialisten. Die Hitlerputschisten und ihre Freunde, die ehemaligen Hohenzollernprinzen, die Generäle des Flüchtlings von Doorn und Grosspensionäre, sind den Führern der christlichen Gewerkschaften lieber als die sozialdemokratischen Arbeiter, die jahrelang Seite an Seite mit den christlichen Arbeitern unter grossen Opfern gegen die Putschisten von links und rechts für die Republik und ihre Verfassung gefochten haben. Das und nichts anderes ist der praktische Sinn der Neutralität der christlichen Gewerkschaften gegenüber der von in- und ausländischen Kapitalisten ausgehaltenen Hitlerbewegung.

SPD. Stuttgart, 30. August (Eig. Drahtb.)

Von dem nationalsozialistischen Spitzenkandidaten des Wahlkreises Württemberg-Hohenzollern, dem angeblichen Lokomotivführer und bisherigen Reichstagsabgeordneten Dreher aus Ulm, teilt das Blatt des Württembergischen Bauernbundes mit, dass er im Sommer 1928 an die Reichstagsverwaltung das Ansinnen gerichtet habe, ihm zu bescheinigen, dass er neben den Aufwandsgeldern, die er auch während der Tagungspause des Reichstages in Höhe von 750 Mark monatlich bezog, Anspruch auf den Bezug von Arbeitslosenunterstützung hätte. Dreher habe, so sagt das Blatt, damals schon zu denen gehört, die am Reich und am Staat zu melken sich bemühen, wo sie nur könnten. Wie würde das erst werden, wenn sie wirklich einmal zur Herrschaft gelangt wären!

Die Angriffe der Nationalsozialisten auf die Deutschnationalen, dass mit einem Teil ihrer Stimmen seinerzeit der Dawesplan angenommen worden sei, beantwortet das Organ des württembergischen Bauernbundes mit der Mitteilung, dass damals mehrere nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete vor der entscheidenden Abstimmung über den Dawespakt an deutschnationale Abgeordnete herangetreten seien und sie aus Besorgnis vor einer möglichen Reichstagsauflösung mit nachfolgendem Wahlkampf zur Annahme des Dawespaktes zu bereden versucht hätten. Davon würden die Nationalsozialisten aber in ihren Versammlungen jetzt nichts berichten.

SPD. Paris, 30. August (Eig. Drahtb.)

Die Vereinigung für internationales Recht in Paris hat im Juni eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Satzungsentwurfes für die europäische Föderation im Sinne der Briand'schen Vorschläge und unter Berücksichtigung der dagegen von den verschiedenen europäischen Regierungen erhobenen Einwände beauftragt. Das Komitee, dem vorwiegend Politiker und Juristen aus Frankreich und den ihm einst verbündeten Ländern angehören, hat seine Arbeiten beendet. Das von ihm entworfene Organisationstatut basiert auf folgenden Richtlinien:

1. Die europäische Organisation darf weder eine Föderation von Staaten im politischen Sinne des Wortes sein noch lediglich in periodischen Zusammenkünften von Staatsvertretern bestehen. Es wäre wünschenswert, ein engeres Band, eine lebendigere und aktivere Organisation zu schaffen.

2. Der europäische Zusammenschluss soll die grösstmögliche Zahl der europäischen Länder erfassen. Denjenigen Staaten, die nicht bereits an der Gründung teilnehmen, soll später der Eintritt vorbehalten bleiben.

3. Die Organisation Europas bedarf gründlicher Vorbereitung und kann nur etappenweise aufgebaut werden.

4. Sie soll im Rahmen des Völkerbundes unter Anwendung des Artikels 21 des Statutes konstituiert werden und in keiner Weise die Kompetenzen dieser Institution beeinträchtigen.

5. Die europäische Föderation schliesst die Bildung von Staatengruppen mit regionalem Charakter nicht aus.

6. Sie ist gegen keinen Staat und keiner Staatengruppe weder innerhalb noch ausserhalb Europas gerichtet und soll im Gegenteil zur Förderung der Zusammenarbeit aller Länder dienen.

7. Sie muss die Gleichheit aller Staaten und den Respekt ihrer Souveränität zur Basis haben.

Als Organe der europäischen Föderation werden vorgeschlagen die periodischen Konferenzen, ein ständiger Rat, permanente Kommissionen und ein Sekretariat. Zu den Konferenzen kann jede Regierung bis zu drei Vertretern entsenden, die jedoch zusammen nur über eine einzige Stimme verfügen. Der Rat soll zusammengesetzt werden aus je einem Vertreter Englands, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Spaniens, je einem Vertreter regionaler Staatengruppen sowie aus drei weiteren von der Konferenz zu wählenden Vertretern der übrigen Länder.

SPD, München, 30. August (Eig. Drahtb.)

Die Bayerische Volkspartei bestreitet ihren Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie auch diesmal wieder mit dem Ruf: "Die Religion ist in Gefahr!" und begründet dies mit der Forderung der Sozialdemokratie im Bayerischen Landtag, dem am Rand des Bankrottsstehenden bayerischen Staates u.a. damit zu helfen, dass von den 28 Millionen freiwilliger Leistungen des Staates an die Kirchengesellschaften 8 Millionen eingespart werden sollen. Für die Bayerische Volkspartei ist diese Forderung noch unannehmbar, zumal sie die Geistlichkeit als ihre treuesten Wahlfunktionäre jetzt nicht vor den Kopf stossen darf. Einiges Aufsehen erregt deshalb die jetzt bekannt werdende Tatsache, dass der zurückgetretene Finanzminister Dr. Schmelzle, selbst ein prominentes Mitglied der Bayerischen Volkspartei, zum Ausgleich des Haushalts die Kürzung der freiwilligen Leistungen an die Kirche um 5 Millionen gefordert hat. Seine Forderung scheiterte aber im Kabinett an dem unbeugsamen Widerstand des Ministerpräsidenten Held.

Als Schmelzle dieser Tage von seinem Amt Abschied nahm, gebrauchte er die Worte: "Ich gehe mit dem Gefühl unüberwindlichen Ekels vor dem, was gewisse Parteien aus Politik im Parlament gemacht haben." Nun weiss man, welche Partei er im besonderen mit dieser in seinem Aerger ausgesprochenen Bemerkung gemeint hat.

SPD, Paris, 30. August (Eig. Drahtb.)

In der sozialistischen Zeitschrift "Lumiere" berichtet der sozialistische Abgeordnete Grumbach über seine politischen Eindrücke während seines kürzlichen Aufenthalts in Deutschland. Vor allem analysiert er in dem Artikel die psychologischen Gründe, warum die Reden Treviranus und anderer Wahlführer der Rechten in der französischen Öffentlichkeit und auch in den Kreisen der französischen Linken einen so niederschmetternden Eindruck ausgeübt haben. Nicht etwa, dass man in der französischen Linken Herrn Treviranus ernster nehme als er es verdient habe oder als man dies in Deutschland tut, aber man möge über die Person, die

Jugend und das Temperament des Herrn Treviranus denken wie man wolle, die Tatsache bleibe bestehen, dass dieser Mann auf dem verantwortlichen Posten eines Reichsministers stehe und dass in Deutschland heute ein solcher Zustand herrsche, der es ihm ermögliche, das zu sagen, was er wollte, ohne dass man es an verantwortlicher Stelle für notwendig gefunden hätte, ihn zu desavouieren. Zwar habe auch Stresemann keinen Zweifel darüber gelassen, dass Deutschland sich nie mit seiner gegenwärtigen Ostgrenze abfinden werde. Aber der Ton, mit dem Minister Treviranus diesen Forderungen Ausdruck gegeben habe, sei so unerhört gewesen, dass die peinliche Wirkung, die er im Ausland ausgeübt habe, nicht weiter wunden dürfe.

SPD. Brüssel, 30. August (Eig. Drahtb.)

Das Brüsseler Militärgericht hat am Sonnabend den Leutnant Joris wegen Uebermittlung militärischer Geheimnisse an unbefugte Personen zu 10 Jahren Gefängnis und zum Verlust seines Offizieraranges verurteilt.

Das Urteil hat insofern grosses Erstaunen und Befremdung hervorgerufen, als im Laufe des Prozesses die Beweisführung kläglich zusammengebrochen ist. Alle einigermaßen wichtigen Zeugen, die aus eigener Kenntnis von den Joris zur Last gelegten Handlungen wissen wollten, verweigerten unter Berufung auf das Dienstgeheimnis die Zeugenaussagen. Das gilt insbesondere von dem Chef des nach dem Utrechter Skandal aufgelösten militärischen Nachrichtendienstes, ferner von den drei im Rheinland befindlichen belgischen Konsuln. Einem dieser Beamten soll ein junger Deutscher die angeblich von Joris nach Deutschland übermittelten Dokumente verkauft haben. Ein einziger sogenannter Beweis bleibt die unkontrollierbare und öffentlich nicht bekanntgegebene Behauptung des betreffenden belgischen Nachrichtendienstes. Obschon die Verteidigung sehr kräftig auf die völlige Unzulänglichkeit und juristische Unzuverlässigkeit dieses Verfahrens hinwies, kam das Gericht doch zu dem angeführten Urteil. Abgesehen von dem so erweckten schlechten Eindruck hat der Prozess die allgemeinen Zustände in den Büros des Brüsseler Kriegsgerichts in recht ungünstigem Lichte erscheinen lassen. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat eine Anfrage der sächsischen Regierung über das Tragen von Parteiabzeichen während des Wahldienstes in den amtlichen Wahllokalen dahin beantwortet, dass Parteiabzeichen von den Mitgliedern der Wahlvorstände nicht getragen werden sollen. Die Mitglieder des Abstimmungsvorstandes hätten, gleichviel welcher politischen Partei sie angehörten, bei ihrer Amtsführung diejenigen Rücksichten zu nehmen, die durch ihre Stellung als Mitglieder eines staatlichen Organs bedingt seien. Sie hätten besonders parteiliche Kundgebungen zu vermeiden, die wie z.B. das sichtbare Tragen gewisser Abzeichen, geeignet seien, bei Andersdenkenden berechtigten Anstoss zu erregen. Der Abstimmungsvorsteher habe deshalb zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten den Mitgliedern des Abstimmungsvorstandes, die mit parteipolitischen Abzeichen erscheinen, nahe zu legen, das Abzeichen während der Ausübung ihrer Tätigkeit als Mitglied des Abstimmungsvorstandes abzulegen. Werde diesem Ersuchen nicht entsprochen, so habe der Abstimmungsvorsteher den Beisitzer im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Abstimmungshandlung durch einen anderen Wähler zu ersetzen.

SPD. München, 30. August (Eig. Drahtb.)

In einer Wahlversammlung der Bayerischen Volkspartei in Burghausen an der Salzach machte der Führer der dortigen Nationalsozialisten einen verhängnisvoller Zwischenruf, der neues Licht auf Hitlers ausländische Geldquellen wirft. Am der

Referent, der bisherige Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Rauch, erklärte, dass die italienischen Faschisten von den deutschen Nationalsozialisten gar nichts wissen wollen, sondern immer wieder in aller Öffentlichkeit die grundsätzlichen Unterschiede zwischen ihrer Politik und der Hitlers feststellen, platzte der Naziführer Vogt mit den Worten heraus: "Ja, warum schickt uns denn Mussolini ständig Geld?"

Vor einer Uebersiedlung nach Burghausen lebte Vogt jahrelang in einem Münchener Vorort und hatte oft Gelegenheit, Einblick in die Geschäfte der Hitlerzentrale zu bekommen. Hitler selbst hat vor wenigen Monaten im Schweidnitzer Prozess wieder einmal beschworen, dass er niemals aus dem Auslande Geld erhalte oder angenommen habe. Er dürfte deshalb kaum darum herunkommen, sich zu der Behauptung seines Untergebenen möglichst rasch zu äussern.

SPD, Kiel, 30. August (Eig. Drahtb.)

Mit der programmatischen Forderung "Einheitliche europäische Elektrizitätswirtschaft" schloss am Sonnabend die erste internationale Konferenz der Energiearbeiter in Kiel.

Die Elektrizitätsindustrie - so betont die Konferenz in ihrer wirtschaftspolitischen Entschliessung - ist im Begriff, zum unentbehrlichen Bestandteil aller Produktionszweige zu werden. Die Beherrschung der Elektrizität wird zur Kernfrage internationaler Wirtschaftspolitik. Eine Energiewirtschaft in den Händen privater Unternehmer lässt sich nicht einheitlich und nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufbauen; sie bringt die Konsumenten in Abhängigkeit von den in Monopole zusammengeschlossenen Elektrointeressenten. Die Entwicklung einer einheitlichen Elektrizitätswirtschaft Europas ist nur möglich, wenn die öffentliche Hand Träger der Elektrizitätsunternehmungen ist.

In Anlehnung an das deutsche Betriebsrätegesetz trat die Konferenz für einen Ausbau der Betriebsvertretung ein. Ebenso forderte sie Schutzmassnahmen und Beschränkung der Arbeitszeit für alle an gefährdeten Stellen tätigen Energiearbeiter.

SPD, Essen, 30. August (Eig. Drahtb.)

In der Düsseldorfer Mumien-Affäre des italienischen Rechtsanwalts Luigi Mancini ist eine neue Wendung eingetreten, als Polizeibeamte in die Wohnung des Rechtsanwalts eindrangen, um die Mumie zu entfernen, erklärte ihnen Mancini, die Mumie sei nicht mehr da. Eine Haussuchung verlief ergebnislos.

SPD. Ämtlich wird mitgeteilt: Die Frist zur Einreichung der Kreiswahlvorschläge ist am 28. August abgelaufen. Die Frist für die Reichswahlvorschläge läuft am 31. August ab. Bisher liegen beim Reichswahlleiter 24 Reichswahlvorschläge vor, und zwar 9 von Parteien, die im letzten Reichstag vertreten waren, und 15 von kleinen, im letzten Reichstag nicht vertreten gewesen Parteien und Gruppen. Es ist damit zu rechnen, dass noch 5 Reichswahlvorschläge von den grösseren Parteien eingehen. Ob die 15 von den kleineren Gruppen eingereichten Reichswahlvorschläge sämtlich zugelassen werden können, ist fraglich.

SPD, London, 30. August (Eig. Drahtb.)

Die militärischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland werden in England mit grösstem Interesse verfolgt. In welchem Masse und mit welchen Gefühlen die Enthüllungen in der Öffentlichkeit betrachtet werden, zeigt der "Daily Herald", der ihnen am Sonnabend die ganze Breite seiner Titelseite widmet.

Selbst im Unterhaltungsteil der Boulevard-Presse wird davon gesprochen und dies in einer Art, die alles andere nur nicht günstig für Deutschland ist. Mit Hohn und Spott wird das Reichswehrministerium glossiert, das es nicht verstanden habe, die Katze gut im Sack zu verwahren.

Der Berliner Korrespondent des "Manchester Guardian" drahtet seinem Blatt, er habe seit Jahren immer wieder in seinen Berichten auf die geheimen Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee hingewiesen, immer wieder habe aber das Reichswehrministerium die Veröffentlichungen dementiert. Zum Schluss hätten sie sich dann doch als wahr herausgestellt. In diesem Zusammenhang fragt der Korrespondent: "Wenn nach den Erklärungen des Reichswehrministeriums keine Abmachungen zwischen Reichswehr und Roter Armee bestehen, wann sind diese Abmachungen zu Ende gegangen?" Deutsche Offiziere seien - so heisst es in dem Artikel des "Manchester Guardian" weiter - manchmal sogar von ihren Familien begleitet nach Moskau gegangen, wo sie in gesonderten Quartieren untergebracht gewesen wären. Die Deutschen seien mit besonderen Pässen ausgerüstet und sie hätten an den militärischen Übungen in der Fliegerschule in der Nähe von Moskau teilgenommen. Wenn das jetzt nicht mehr so wäre, fragt der "Manchester Guardian", wann und wie hörte es auf? Und wenn es aufgehört hat, was tat Amlinger in Russland? Das Blatt sagt schliesslich, es werde die Zeit kommen, in der auch noch andere deutsch-russische Beziehungen erörtert werden müssten. Eine seltsame Tatsache sei es jedoch, dass in der ganzen Angelegenheit die kommunistische Presse Stillschweigen bewahre. Hierdurch zeige sich die deutsche kommunistische Presse als ein ergebenes Instrument der russischen Aussenpolitik.

SPD. Warschau, 30. August (Eig. Drahtb.)

Die Osteuropäische Agrarkonferenz fand am Sonnabend ihr Ende.

Die wichtigste der einstimmig angenommenen Entschliessungen empfiehlt den beteiligten Staaten eine gegenseitige Bevorzugung der Agrarausfuhr über die Meistbegünstigungsklausel hinaus, ferner die Schaffung einer zentralen Exportorganisation. Ausserdem sollen die Veterinäreinrichtungen der betreffenden Staaten vereinheitlicht werden. Eine Sonderkommission soll bis zum 10. November in Warschau einheitliche Bedingungen für die landwirtschaftlichen Zwischenkredite in Osteuropa ausarbeiten. Ferner wurde noch beschlossen, die Agrarkonferenz jährlich zu wiederholen.

Der rumänische Handelsminister Modgearu sprach in seiner Schlussrede von einer neugeschaffenen "wirtschaftlichen Entente cordial", während der polnische Landwirtschaftsminister hervorhob, dass der Zusammenschluss der Teilnehmerstaaten keine politische Hegemonie im Auge habe.

SPD. Lima, 30. August (Eig. Drahtb.)

Der bisherige Präsident von Peru ist nach San Lorenza ins Gefängnis transportiert worden. Am Sonnabend wurde u.a. auch ein amerikanischer Fliegeroffizier, der im Dienste des verhafteten Expräsidenten ein Fliegerkorps gegen die Bevölkerung geführt hatte, festgenommen. Er soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

SPD. Amsterdam, 30. August (Eig. Drahtb.)

Die Königlich Niederländische Luftschiffahrts-Gesellschaft hat am Sonnabend die in den Streik getretenen 17 Flieger fristlos entlassen. Die Flugzeugführer der anderen niederländischen Fluglinien haben sich mit den entlassenen Fliegern solidarisch erklärt.

SPD. Paris, 30. August (Eig.Drahtb.)

Die beängstigende Verteuerung des Lebens in Frankreich, die mit einer der wichtigsten Gründe für den grossen Streik in Nordfrankreich ist, hat Herrn Tardieu jetzt veranlasst, "die notwendigen Massnahmen zu ergreifen", wie es in einem Kommuniqué der Regierung heisst. Diese Massnahmen sind nun nicht etwa so beschaffen, dass sie wirklich die Teuerung bekämpfen.

Tardieu hat vielmehr die Entdeckung gemacht, dass an allem nur die Statistiker die Schuld tragen und demgemäss den Stier bei den Hörnern gepackt. Er hat durch eine Verordnung dafür gesorgt, dass die Indexziffern in Zukunft nur noch in fri siertem Zustande vor das Publikum gelangen können. Bisher wurde der amtliche vierteljährliche Index von einerparitätischen Kommission festgesetzt, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiterschaft, der Arbeitgeberverbände und der Beamten der Ministerien zusammengesetzt war. Nach der neuen Verordnung werden nunmehr die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer von der Teilnahme an dieser Kommission ausgeschlossen, sodass die Regierungsbeamten die Teuerungsziffer unter absolutem Ausschluss der Oeffentlichkeit "errechnen" können. Die viel gepriesenen amerikanischen Methoden Tardieus scheinen also darin zu bestehen, dass man, statt der Krankheit des Patienten zu Leibe zu rücken, das Thermometer abschafft.

SPD. Im nationalsozialistischen Heerlager von Berlin ist eine offene Revolte gegen die Führerschaft, insbesondere gegen Dr. Goebbels und den Gaugeschäftsführer Wilke ausgebrochen. Diese Meuterei "eine Minute vor der Entscheidungsschlacht", wie man im Berliner Gaubüro der N.S.D.A.P. gesagt haben soll, hat einen so gefährlichen Umfang angenommen, dass Adolf Hitler, von panischem Schrecken ergriffen, gleich zwei Abgesandte nach Berlin geschickt hat, um die rebellierenden Untertanen wieder zur Raison zu bringen. In den letzten Tagen soll es zu Hunderten von Austrittserklärungen und in den Mitgliederversammlungen sowie auf den Sturmabenden der S.A. und S.S. zu regelrechten Prügelscenes zwischen Goebbels Gegnern und Goebbels-Anhängern gekommen sein. In einer Gruppe wurde Goebbels, der sich und seine Strohmannen gegen die schweren Vorwürfe der Opposition rechtfertigen wollte, von den wütenden Widersachern niedergeschrien.

Die Aufstandsbewegung der nationalsozialistischen Kerntruppen richtet sich vor allen Dingen gegen Wilke, seinen Stellvertreter Muchow, den Hauptmann Stennes, den obersten S.A.-Führer für Nordost-Deutschland und gegen Dr. Goebbels, den Nazi-Diktator von Berlin. Mit Empörung wird von der Opposition auf das klägliche Verhalten des Dr. Goebbels im Hindenburg-Prozess hingewiesen und besonders die Tatsache diskutiert, dass er sich wiederholt einen "abgefeimten Lügner" nennen liess, ohne zu klagen. Weiter beklagen sich die Mitglieder über die auffallend luxuriöse Einrichtung der Gaugeschäftsstelle und die geradezu miserable Behandlung, die die Mitglieder und die proletarischen Angestellten auf der Gaugeschäftsstelle erfahren. Es herrsche ein Ton wie auf dem Kasernenhof. Wer nur sanft zu mucksen wage, fliege hinaus, Herr Muchow soll sich durch ein besonders barsches und überhebliches Wesen seinen "Pg.'s" gegenüber auszeichnen.

Im Verlauf einer Versammlung der Nationalsozialisten im Berliner Sportpalast kam es zur Explosion. In der Versammlung sollten neben dem Nazi-Minister Dr. Frick Herr Goebbels sprechen. Die S.A. Berlin weigerte sich, den Saalschutz für die Versammlung zu übernehmen und marschierte demonstrativ zum Wittenbergplatz, wo sie Aufstellung nahm, während die Sportpalast-Versammlung ohne Saalschutz blieb. Auf dem Wittenbergplatz kam es zu erregten Kundgebungen gegen Dr. Goebbels, dem "Hemeinheit" und "Lumperei" vorgeworfen wurde. Stürmische Rufe erschollen: "Dr. Goebbels soll herauskommen und sich rechtfertigen!", während andere offen damit drohten, zum Sportpalast zu ziehen und den "ganzen Goebbels-Rummel" auseinanderzuprügeln. Später kam es vor dem Versammlungslokal zwischen S.A.-Leuten und der Knüppelgarde des Dr. Goebbels zu heftigen Zusammenstössen, wobei es auf beiden Seiten blutige Köpfe gab.

Die Berliner Gauleitung der N.S.D.A.P. soll durch die sensationellen Vorgänge in helle Verzweiflung gesetzt sein. Man spricht u.a. davon, dass sich schon seit Tagen ein wachsender Widerstand der S.A. gegen die aktive Parteiarbeit bemerkbar mache und die Leute sich weigern, für Dr. Goebbels und Herrn Wilke zu arbeiten. Es heisst nemeerdings, dass man die S.A.-Männer durch hohe "Soldzuwendungen" besänftigen will.

SPD, Kopenhagen, 30. August (Eig.Drahtb.)

Der Kopenhagener Internationale Metallarbeiter-Kongress hat vor Abschluss seiner Tagung folgenden Kampfruf zur Sammlung der Kräfte an die Metallarbeiter der Welt gerichtet:

"Kameraden! In dem Orte, wo vor 10 Jahren nach den Schrecken des Weltkrieges unsere Internationale wieder aufgerichtet wurde, zum Jubiläumskongress versammelt, entbieten die Delegierten der Metallarbeiter Euch allen und Euren Verbänden herzlichen proletarischen Gruss. Auch die nüchternste Prüfung ergibt, dass die Bedeutung unseres Bundes immer schärfer hervortritt, dass seine Leistungen der Metallarbeiterschaft genützt haben. In Anbetracht der Internationalisierung der Wirtschaft und der Produktion erscheint die proletarische Internationale noch viel wichtiger, als sie früher war; sie wird zu einer der stärksten Hoffnungen und zu einem verlässlichen Stützpunkt der Arbeiterklasse,

Wir rufen deshalb Euch allen zu: Lasst uns den Gedanken der internationalen Solidarität überall pflegen und verbreiten! Lasst uns die klassenbewussten Organisationen proletarischer Abwehr und Verteidigung überall festigen und vereinfachen! Lasst uns überall die Ueberzeugung verbreiten, dass die internationale proletarische Organisation und Aktion berufen sind, die Wirkungen der kapitalistischen Krise auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu lindern und darüber hinaus die Ueberwindung der kapitalistischen Periode vorzubereiten!

Sammelt Euch um Eure Verbände! Führt ihnen neue Kämpfer zu! Sammelt Euch um das Banner des Internationalen Metallarbeiter-Bundes!"

SPD, Duisburg, 30. August (Eig.Drahtb.)

In Duisburg sind 100 Arbeiter der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft in den Streik getreten, weil vier Arbeiter, die sich mit den Angestellten in einer Sportabteilung des Werkes aktiv beteiligten, der Aufforderung der Belegschaft, aus dieser Sportabteilung auszutreten, nicht nachgekommen sind.

SPD, London, 30. August (Eig.Drahtb.)

Wie die englische Presse aus Buenos Aires meldet, ist die Lage in Argentinien bis zur Explosion geladen. Innerhalb der nächsten 24 Stunden werde die Entscheidung für oder gegen die Regierung gefallen sein. Es sei bereits zu Schiesereien zwischen Gegnern und Anhängern der Regierung gekommen. Auf beiden Seiten seien Tote und Verwundete zu verzeichnen gewesen. Acht in der Provinz stationierte Kavallerie-Regimenter seien in Buenos Aires angekommen. Von den Dächern der Regierungsgebäude starrten Maschinengewehre. Es scheine, als ob die Regierung der Armee nicht mehr ganz sicher sei. Eine Gruppe von Offizieren und Generälen sei verhaftet worden, Teilweise streike das Telefon-Personal, Massenversammlungen für oder gegen die Regierung spiegelten den Ernst der Lage wider. Die finanziellen Schwierigkeiten des Landes seien gross,

SPD. London, 30. August (Eig. Drahtb.)

Mehr als 100 der bedeutendsten Industrie- und Finanzführer haben am Sonnabend als Antwort auf das bekannte Manifest der Schutzzöllner einen Aufruf zugunsten des Freihandels veröffentlicht. An erster Stelle stehen Namen wie Lord Grey, Lord Ashton, Lord Bradbury, Walther Runziman, Montagne, Paish, Barclay, Dickinson usw.

Die Unterzeichner erklären: "Wir glauben nicht, dass es möglich ist, die gegenwärtige Wirtschaftsdepression durch Zollerhöhungen zu heilen, die unseren Export nur verringern könnten, wenn die erste Voraussetzung für den Export die Verminderung der Produktionskosten sind. Es bedeutet ein wenig Selbstmord, wenn wir durch Zollerhöhungen unsere von ausserhalb benötigten Rohstoffe und die Lebensmittel verteuern. Selbst wenn ein Teil unserer Industrie durch Zollerhöhungen profitieren würde, könnte dies den aus den Zöllen erwachsenden Schaden der Gesamtwirtschaft nicht gutmachen."

Das Manifest verweist dann darauf, dass die englischen Dominien keineswegs mit der Empire-Zollidee einverstanden seien. Im bejahenden Falle könnte die kleine Bevölkerungszahl der überseeischen britischen Länder den Ausfall auf dem Weltmarkt keineswegs ersetzen. Zweifellos würden die erhöhten britischen Zölle die ausserbritischen Staaten und Länder nur veranlassen, ihrerseits mit Zollerhöhungen zu antworten. Deshalb bleibe keine andere Wahl, als an der Freihandels-Idee festzuhalten, auf der der britische Handel basiere.

SPD. Budapest, 30. August (Eig. Drahtb.)

Das Sekretariat der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht eine Erklärung, in der es heisst, das Elend der ungarischen Arbeiterschaft sei unhaltbar, obwohl die Regierung den Delegierten der Gewerkschaften allein in diesem Jahre zweimal Abhilfe zugesichert habe, ohne ihre Versprechungen zu halten. Die Arbeitslosigkeit in Ungarn sei ungeheuer. Die Regierung lehne trotzdem jede Arbeitslosenversicherung und jede Unterstützung der Arbeiterschaft ab, während sie den Grossgrundbesitzern in der Optantenfrage Geschenke gemacht habe. Diese Zustände hätten die Arbeiterschaft veranlasst, für den 1. September einen Strassenumzug zu veranstalten, um das Augenmerk der öffentlichen Meinung auf ihre unhaltbare Lage zu richten. Die Arbeiter könnten nicht glauben, dass dieser Plan auf Widerstand stossen werde, da in Budapest nahezu jeden Tag Massenumzüge veranstaltet werden. Die gesamte Bürgerschaft verfolge die geplante Kundgebung der Arbeiter mit Sympathien. Die Arbeiter wollten nichts anderes, als in den Strassen die Aufmerksamkeit auf ihre Sache lenken und die Arbeitslosenversicherung fordern. Sie wollten eine friedliche Demonstration und fragten, ob ihnen diejenigen mit Polizeistöbeln und Peitschen antworten würden, die ihnen nicht einmal eine karge Arbeitslosenunterstützung zu geben geneigt wären.

SPD. Die Deutsche Staatspartei hat es bisher geflissentlich vermieden, in ihren Wahlversammlungen die schwarzrotgoldene Fahne zu zeigen. Das hatte zur Folge, dass z.B. das Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners, Major Hauff, der für die Staatspartei zu den Reichstagswahlen kandidierte, in zwei Versammlungen eine schwarzrotgoldene Fahne aus einem Koffer zog und erklärte, dass er nur reden werde, wenn die Fahne aufgehängt werde. Auch sonst hat das Verhalten der Deutschen Staatspartei gegenüber der Reichsverfassung in früheren demokratischen Kreisen grossen Missmut gegen diese Parteihervorgerufen. Jetzt hat sich die Staatspartei veranlasst gesehen, einen sogenannten "Flaggenerlass" an ihre Organisationen im Lande herauszugeben, in dem es heisst, dass für den Fall eines Ausschmückens von Versammlungssälen auch die Reichsfarben an "gebührender" Stelle gezeigt werden sollen. Ein "Erlass", der dem Zwitter Staatspartei ähnlich sieht!

aus aller Welt

Die Wespe vom Montmartre.

Das Rätsel um eine Sadistin - Panischer Schrecken im Pariser Vergnügungs-
viertel - Eine Geisteskranke sucht ihre Opfer - Die Polizei ratlos.-

SPD. Die Wespe von Montmartre ist ein ganz unheimliches Lebewesen, es geht nur nachts auf Beute aus.-Man weiss auch, dass es sich um eine Frau handelt. Ein paar Mal bekam man sie schon zu sehen. Die einen sagen: eine elegante Frau in den Dreissigern; andere: ein altes Weib in einfacher schwarzer Kleidung; wieder andere wollen sie gar als Mann verkleidet gesehen haben... Kurz und gut, über die Personalbeschreibung kann man sich nicht einig werden. Ist sie jung oder alt, modern gekleidet oder unmodern? Niemand weiss es. Aber alle wissen, dass sie da ist, die "Wespe vom Montmartre", dass ihr Stich gefährlich, ja tödlich wirkt.

Immer gegen Mitternacht tritt die Unheimliche auf. Wenn die Theater, die Kinos, die Varietés geschlossen werden, wenn grosses Gedränge auf den Strassen herrscht. Das erste Mal - vor einigen Wochen - war es vor einem grossen Caféhaus am Clichy-Platz. Eine Dame schrie plötzlich auf, brach ohnmächtig zusammen. Kein Mensch ahnte, was geschehen war. Man brachte die Ohnmächtige in das nächste Krankenhaus. Ein Arzt untersuchte sie - er fand eine feine, nadel-dünne Verletzung im Unterleib, anscheinend von einer langen Hutnadel herrührend. Die Wespe vom Montmartre hatte gestochen...

Der erste Fall verlief nicht beunruhigend. Die Verletzte konnte nach einigen Tagen wieder das Krankenhaus verlassen. Inzwischen waren eine ganze Reihe weiterer Attentate verübt worden. Immer auf junge Mädchen, immer um Mitternacht, am Eingang der Untergrundbahn, an Strassenbahnhaltestellen oder wo sonst viele Menschen eng beieinander standen. Vielfach bemerkten die Opfer die Verletzung erst einige Minuten später, manche erst am Abend, wenn sie zu Bett gingen.

Ein panischer Schrecken verbreitete sich unter den Besuchern von Montmartre. Kriminalbeamte passten an allen Ecken auf, Detektive und Spitzel mischten sich unter die Passanten - vergebens. Die Wespe stach unter den Augen der Polizei... Ein junges Mädchen meldete sich und erklärte, dass es von einer unbekanntem Dame angestossen worden sei. Unmittelbar darauf habe das Mädchen einen stechenden Schmerz im Leib verspürt. Man suchte die Unbekannte. Es hatte keinen Erfolg - Hunderte von Damen sahen ebenso aus. Auch in den übrigen Fällen verliefen die Nachforschungen ergebnislos. Die unheimliche Verbrecherin liess sich nicht erwischen.

Mehrfach fand man nach der Tat eine lange Nadel, eine Art Hutnadel, wie man sie früher trug, auf der Strasse. War es der "Stachel" der Wespe? Die Polizei liess die Nadel genauer untersuchen. Gewiss, es war die Waffe, aber Fingerabdrücke oder sonstige Indizien fand man nicht. Alle Hutgeschäfte, alle Galanteriewarenläden wurden durchsucht, die Inhaber verhört - niemand erinnerte sich, vor einiger Zeit an eine Dame Hutnadeln verkauft zu haben.

Die Wespe vom Montmartre setzte unterdessen ihr Handwerk munter fort. Alle paar Tage liefen Anzeigen bei der Polizei ein. Die Überwachung wurde noch verschärft. Wie es heisst, lieferte das letzte Opfer, eine junge Platzanweiserin in einem Kino, eine genaue Beschreibung der Unholdin, sodass mit der Verhaftung bald zu rechnen sei... Die Kriminalologen und die Psychiater interessieren sich lebhaft für den Fall. Allem Anschein nach hat man es mit einer Geisteskranken

zu tun. Vermutungen..Positives weiss man nicht. Einmal wird auch der Schleier, der über diesem Geheimnis schwebt, gelüftet werden. Die Romanschriftsteller, Francis Carco an der Spitze, haben schon die Füllfederhalter gezückt. "Die Wespe vom Montmartre" oder so ähnlich, welch schöner Titel für den Kriminalreisser der Zukunft!

+ + +
2.8 Millionen Mark Wahlkosten. Es wird geschätzt, dass die bevorstehenden Reichstagswahlen etwa 2,350 000 Mark für das Reich und 450 000 Mark für die Gemeinden kosten werden. Den Ländern werden die Kosten ersetzt.

+ + +
Theater für Erwerbslose. Die Berliner Volksbühne hat beschlossen, im neuen Spieljahr keine Plätze mehr im dritten Rang auszugeben, sondern diese täglich durch die Gewerkschaften an die Erwerbslosen zur Verteilung bringen zu lassen.

+ + +
Das 23. Kind! Einem Ehepaar in Bazel (Belgien) wurde das 23. Kind geboren. Seine 22 Geschwister befinden sich noch am Leben. Das Elternpaar hat im Jahre 1903 geheiratet.

+ + +
Geheimnisvoller Negertod. Aus New York wird eine Begebenheit berichtet, die ein typisches Beispiel dafür ist, wie durch gewisse "Errungenschaften" der Zivilisation eine ganze Rasse gequält werden kann. Seit kurzem wird in einem New-Yorker Theater mit grossem Erfolg eine Revue des Titels "Glühende Rhythmen" gespielt, in der sämtliche Rollen von Negern verkörpert werden. Eine Szene des Stückes bringt zu ebenso geschmackloser wie grausamer Darstellung, wie ein Neger auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet wird. Das Publikum hört sogar das Surren des elektrischen Stroms... Der Negerschauspieler Jackson, der sich als einziger, aber auch erst nach langem Sträuben, zur Uebernahme der Rolle des zu tötenden Negers entschloss, wollte bereits während der Proben nicht mehr mitmachen. Die Manager der Revue brachten es aber fertig, ihn zu überreden. Dann aber kam der Tag der Premiere - und die hat Jackson nicht überlebt. Er bekam einen Angstanfall und starb an Herzschlag. "Die Neger sind so abergläubisch" bemerkten die amerikanischen Blätter in naiver Psychologie zu dem Zwischenfall. Die Premiere wurde verschoben, es fanden sich auch neue Schauspieler; - aber keiner wollte die aufregende Rolle länger als einen Abend spielen. Sie musste deshalb von Abend zu Abend umbesetzt werden. Schliesslich erklärte der Ballettmeister Nat Cash, gleichfalls ein Neger, dass er sich für das Verhalten seiner Stammesbrüder, die in der Hinrichtungsszene eine Art Gotteslästerung sähen, schäme. Er wollte die Rolle selbst spielen, Abend für Abend. Die Direktion des Theaters freute sich, nun endlich einen willigen Schauspieler gefunden zu haben. Sie freute sich zu früh, denn die Kollegen des Ballettmeisters fanden diesen am Abend seines ersten Auftretens tot auf. Nun gab es in ganz New York keinen Neger mehr, der die Rolle spielen wollte. Allabendlich lässt sich jetzt der Direktor des Theaters, ein Weissler, selbst hinrichten....

+ + +
Zeileis-Urteil rechtskräftig. Das vom Landgericht III in Berlin gefällte Abweisungsurteil in der Klagesache des Wunderdoktors Zeileis gegen Professor Dr. Paul Lazarus, der das Galspacher Behandlungsverfahren als gesundheitsgefährlichen Schwindel bezeichnet hat, ist rechtskräftig geworden.

+ + +
Anna Freytag wieder da! Die seitdem 21. Juli vermisste 19 Jahre alte Hausangestellte Anna Freytag aus Klosterfelde bei Berlin wurde in Frankfurt/Oder entdeckt und in Schutzhaft genommen. Die Theorie, die mit der Ermordung der Vermissten rechnete, hat sich erfreulicherweise als falsch erwiesen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Arbeitsbeschaffung und doch keine Arbeit.

SPD. "Das Kernstück aller Sozialpolitik besteht darin, das grosse Heer der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzugliedern." Also sprach nach einer WTB-Meldung Reichsarbeitsminister Stegerwald in einer am Donnerstag in Breslau stattgefundenen Wählerkundgebung des Zentrums. Und was hat das Kabinett Brüning bis jetzt getan, um wenigstens ein Stück von diesem Kernstück aller Sozialpolitik zu verwirklichen? Wiederholt hat es mit Posaunenstößen eine Ankurbelung der Wirtschaft und eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch Arbeitsbeschaffung angekündigt. Im Augenblick wird angeblich an allen Ecken und Enden fieberhaft gearbeitet, damit das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung endlich eine Erleichterung der Arbeitslosennot herbeiführe. Allein auch jetzt merken die Arbeitslosen noch immer nichts von dieser ihnen seit Monaten versprochenen Arbeitsbeschaffung. Einstweilen können sie nur an ihrem Unterstützungsbezug feststellen, dass die Regierung Brüning sie geschröpft hat. Der Abbau der Unterstützung der Arbeitslosenversicherung und die Nichterweiterung der Krisenfürsorge sind Tatsachen - keine Tatsache dagegen ist bis jetzt die versprochene Arbeitsbeschaffung. Sie ist nichts anderes als ein Märchen, zu Wahlzwecken erfunden, voll wilden Wortschwalls, doch bedeutungslos.

Die Regierung Brüning hat nur für die Unternehmer Arbeitsaufträge geschaffen. Diese Aufträge, die alles in allem etwa 1 Milliarde ausmachen, sind gewiss kein Pappenstil; die aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm stammenden Orders der Reichsbahn, der Reichspost und des Wohnungsbaus bringen den damit beglückten Firmen einen schönen Batzen Geld. Nur eins bringen sie nicht: sie bringen keine Erfüllung der Sehnsucht der Arbeitslosen, sie bringen keine Arbeit.

Arbeit? Arbeit? Arbeit ist nicht für alle Welt da. Gnädig und grossmütig erklären schon jetzt die Unternehmer, man müsse froh sein, wenn durch die Arbeitsbeschaffung neue Entlassungen vermieden werden. Von Einstellungen ist kaum irgendwo die Rede. Ein wundervoller Trost für die Arbeitslosen, dass sie wenigstens keine neuen Leidensgenossen erhalten sollen. Aber selbst mit diesem Trost steht es faul; denn trotz des Arbeitsbeschaffungsprogramms nehmen überall die Entlassungen zu.

Die Regierung Brüning kümmert sich den Teufel darum, was aus ihrer Arbeitsbeschaffung in der Praxis wird. Nirgends macht sie einen ernsthaften Versuch, durch die Arbeitsämter scharf nachprüfen zu lassen, ob wirklich keine Möglichkeit für die Neueinstellung von Arbeitskräften auf Grund der Arbeitsbeschaffungsaufträge besteht. Die Reichsbahn macht bei der Verteilung der Aufträge, was sie will. Sie vermeidet es geradezu ängstlich, mit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Fühlung zu nehmen. Anscheinend ist sie zu fein dazu, mit einer Einrichtung näher in Berührung zu kommen, der so etwas wie Armerleutegeruch anhaftet. Die Direktionen haben - soweit nicht grössere Aufträge durch das Zentralbeschaffungsamt erledigt werden - im allgemeinen freie Hand. Sie treten nicht mit den Arbeitsämtern in Verbindung, sondern stellen den Firmen lediglich die Bedingung, dass neue Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis besorgt werden müssen und bei den Arbeiten keine Überstunden gemacht werden dürfen. Dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichsarbeitsministerium will die Reichsbahn nach Abschluss der Arbeitsverteilung ein Verzeichnis der Firmen vorlegen, an die die Arbeitsbeschaffungsaufträge gegangen sind. Dass

damit der Reichsanstalt, die das stärkste Interesse an einer Entlastung des Arbeitsmarktes hat, jede Einflussnahme bei der Auftragsverteilung und -durchführung zu Gunsten der Arbeitslosen genommen ist, liegt auf der Hand. Bei der Wohnungsbauaktion des Reichsarbeitsministeriums sind in den jetzt abgeschlossenen Besprechungen mit den Ländern wohl Vertreter der Landesarbeitsämter herangezogen worden, aber auch hier vermisst man bei den massgebenden Stellen den eisernen Willen, mit Hilfe der Arbeitsämter den Firmen, die schon jetzt andeuten, dass Neueinstellungen kaum in Frage kämen, etwas auf die Pelle zu rücken. Am meisten Einfluss-Spielraum ist der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung von der Reichspost gegeben worden.

Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ohne scharfe Überwachung seiner Durchführung ist nichts anderes als ein Betrug an den Arbeitslosen; denn die Milliarde des Arbeitsbeschaffungsprogramms sollte doch Arbeitsplätze schaffen. So, wie die Dinge jetzt liegen, wird sie in der Hauptsache nur einem Teil des Unternehmertums Gewinn und Profit bringen, während die Arbeitslosen das Nachsehen haben. Den Arbeitsämtern müsste, gerade weil sich die Unternehmer nicht gerne in den Topf gucken lassen, die Möglichkeit gegeben werden, unerbittlich nachzuforschen, ob bei den Firmen, die Aufträge erhalten, tatsächlich keine neuen Arbeitskräfte eingestellt werden können. Eine fortlaufende Kontrolle wäre notwendig. Von alledem ist nichts zu beobachten. Und so wird aus dem viel gerühmten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Brüning in der Praxis nichts anderes werden als ein Geschäft der Industrie auf Kosten der Arbeitslosen.

SPD. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat am Sonnabend dem Deutschen Metallarbeiterverband, der führenden Organisation des Metallkartells, den Lohntarifvertrag zu Ende September gekündigt. Die Kündigung erfolgte ohne Angabe von Gründen. -

Nach den Angestellten sollen also die Arbeiter an die Reihe kommen. Nach dem Gehaltsabbau Lohnabbau! Zweifellos planen die Berliner Metallindustriellen einen Grossangriff gegen die Metallarbeiter. Die Scharfmacher wittern Morgenluft. Und warum? Sie rechnen damit, dass die Regierung Brüning nach den Reichstagswahlen einen noch arbeiterfeindlicheren Kurs einschlägt. Erklären nicht die Regierungsmoniteure, die Reichsregierung betrachte, wie die Aufstellung eines Finanzprogramms auf weite Sicht beweise, ihre Position als sehr fest, sie fühle sich "von der Entscheidung am 14. September in keiner Weise betroffen? Schön stehen Personalveränderungen im Kabinett Brüning in Sicht; schon werden Stellen in der Regierung für Leute freigemacht, die bei einem Erfolg der Reaktion in den Wahlen zu Nutz und Frommen der Unternehmerscharfmacher arbeiten sollen.

Darüber muss sich die Arbeiterschaft klar sein: sie hat sich auf ganz schlimme Dinge gefasst zu machen, wenn es nicht gelingt, durch die Reichstagswahlen den Regierungskurs zu ändern. Jedenfalls haben die Unternehmer von dieser Reichsregierung nichts zu fürchten. Die schwächliche Haltung des Reichsarbeitsministers im Konflikt zwischen den Berliner Metallindustriellen und den Angestellten zeigt das zur Genüge. Die Kündigung des Lohntarifs erfolgte nicht rein zufällig erst dann, als der Reichsarbeitsminister kläglich-schmählich darauf verzichtet hatte, den Trumpf, der ihm durch die Arbeitsbeschaffung in die Hand gegeben war, gegen die Scharfmacher auszuspielen.

Die Berliner Metallarbeiterschaft tut gut daran, wenn sie ebenso einmütig wie die Angestellten gegen den Vorstoss der Metallgewaltigen eine geschlossene Front errichtet. Die Hilfe des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat sie dabei; denn auf seinem Verbandstag hat er schärfsten Kampf gegen jeden Lohnabbau angekündigt. Der Kampf, der in der Berliner Metallindustrie zu entbrennen droht, geht alle Arbeiter im Reich etwas an. Die heranziehenden Stürme

in der Berliner Metallindustrie wie im Ruhrbergbau müssen die gesamte deut-
sche Arbeitnehmerschaft alarmieren. Der Feind muss, noch bevor die Wirtschafts-
kämpfe entbrennen, bei den Reichstagswahlen politisch geschlagen werden. Wird
er bei den Wahlen zusammengehauen, dann hat er das Spiel in den kommenden gros-
sen Arbeitskämpfen zur Hälfte bereits verloren. Deshalb kann es am 14. Septem-
ber für die Arbeiterschaft nur eine Parole geben: Alles an Bord -an Bord des
Kampfschiffs der Sozialdemokratie! Denn nicht mit organisatorischen Seelen-
verkäufern noch mit dem Maul lassen sich die Unternehmer kleinkriegen.

SPD. Mit einem kernigen Wahlaufruf wendet sich der Allgemeine Deutsche
Beamtenbund an die deutsche Beamtenschaft. Er verweist darauf, dass die Ge-
werkschaften es waren, die sich energisch gegen den Abbau der sozialen Lei-
stungen wehrten, die eine Kürzung der Beamtengehälter ablehnten, eine grund-
sätzliche Reichs- und Besoldungsreform zur Verbilligung der Verwaltung forder-
ten und die öffentliche Wirtschaft verteidigten. In diesem Kampf seien die
Gewerkschaften im Parlament nur von der Sozialdemokratie unterstützt worden.
Darum hätten die freien Gewerkschaften der Arbeiter in diesem Wahlkampf be-
schlossen, die Parole: Für die Sozialdemokratie! herauszugeben.

"Unbeschadet des Grundsatzes der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewe-
gung von allen politischen Parteien" - so führt der Aufruf nach der Skizzie-
rung der für die Beamtenschaft besonders bedeutsamen politischen Tatsachen
fort - halten wir es für unsere Pflicht, die Beamten davor zu warnen, ihre Stim-
men zu zersplittern, so dass sie sich gegenseitig aufheben. Die Beamtenstim-
men müssen vielmehr einheitlich in die politische Wagschale geworfen werden.

Alle Wähler, die ihre Stimmen den ultraradikalen Flügelparteien der Na-
tionalsozialisten und Kommunisten geben, schalten ihren politischen Einfluss
aus; denn diese Parteien wollen keine positive parlamentarische Arbeit, sondern
die Zerschlagung der demokratischen Republik, um auf ihren Trümmern entweder
die Diktatur des "Dritten Reiches" oder der "Sowjet-Republik" zu errichten.
Alle Stimmen, die den bürgerlichen Parteien zufallen, sichern das Fortbestehen
des kapitalistischen Bürgerblocks, in dem selbst nach Eingeständnis Steger-
walde zu 95% das Unternehmertum herrscht. Sie stabilisieren die Politik der
Lohn- und Gehaltskürzung, der Lebensmittelvertéuerung und der ungerechten Steu-
erbelastung.

Allen Beamten dagegen, die die Herrschaft dieses Bürgerblocks zerschla-
gen wollen, um eine Politik des Aufbaus, der wirtschaftlichen, steuerlichen,
und sozialen Gerechtigkeit zu ermöglichen, um die sozialen und rechtlichen
Grundlagen des Berufsbeamtentums zu wahren und die Rückrevidierung der Besol-
dungsordnung zu verhindern, bleibt nichts anderes übrig, als ihre Stimme allein
der Sozialdemokratie zu geben, auch wenn sie sich weltanschaulich und poli-
tisch nicht zu dieser Partei bekennen sollten. Denn nur durch Stärkung der So-
zialdemokratie können die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag so verschoben wer-
den, dass die Bildung einer rein bürgerlichen Koalition unmöglich gemacht
wird."

SPD. In der Bergstadt Kladnow bei Prag, der ehemaligen "roten Kronstadt"
der Kommunisten haben sich die kommunistischen Bergarbeiter mit den sozialdemo-
kratischen vereinigt. Desgleichen sind die Metallarbeiter, Landarbeiter, Chemie-
und Textilarbeiter in Kladnow den sozialdemokratischen Gewerkschaften beige-
treten.



Die Hausfrau als Steuerzahlerin.

(Steuerliche Belastung des Arbeiterhaushalts mit 347 Mark pro Jahr.)

SPD. Wieviel Steuern die Hausfrau zu zahlen hat, ist nicht so einfach zu berechnen; denn die Hausfrau muss die sogenannten indirekten Steuern entrichten.

Da ist zunächst die Umsatzsteuer. Sie beträgt zur Zeit 0,85% des Warenpreises; aber sie wird von der Ware mehrmals erhoben. So beträgt z.B. die Umsatzsteuer beim Brot nicht 0,85% sondern etwa 3 bis 4%. Denn die Umsatzsteuer wird erhoben, wenn der Bauer sein Getreide verkauft, wenn der Müller sein Mehl an den Grosshändler weiterverkauft, wenn der Grosshändler das Mehl an den Zwischenhändler abgibt, wenn der Zwischenhändler das Mehl an den Bäcker liefert und schliesslich wenn der Bäcker das Brot an die Hausfrau verkauft. Die Umsatzsteuer wird also nicht weniger als fünfmal von demselben Erzeugnis erhoben und jeder Verkäufer hat das Recht, sie auf den Käufer abzuwälzen. Die Hausfrau als letzter Käufer muss also im Preis des Brotes die Umsatzsteuer des Landwirts, des Müllers, des Mehlhändlers, und des Bäckers mitbezahlen. Wie es beim Brot ist, ist es bei allen anderen Waren, sodass die Umsatzsteuer eine der drückendsten Steuern ist, die wir kennen.

In einer fünfköpfigen Familie gibt die Hausfrau nach den amtlichen Erhebungen des Reichsstatistischen Amtes wöchentlich rund 4,70 Mark für Milch, Butter und Käse aus. Sie entrichtet dabei, was ihr wohl selten klar wird, eine Umsatzsteuer von 14 Pfennigen. In den 4,85 Mark, die die Hausfrau für Brot und Backware wöchentlich für ihre Familie ausgibt, stecken 17 Pfennige Umsatzsteuer, in den 6,55 Mark für Margarine, Schmalz, Nahrungsmittel, Teigwaren Zucker, Eier, Kaffee, Tee und Kakao 20 Pfennige und in den 6,70 Mark für Fleisch und Wurstwaren ebenfalls 20 Pfennige Umsatzsteuer. In dem Betrag von 3,75 Mark, der für Kartoffeln, Gemüse und Obst verwandt wird, werden an Umsatzsteuer 10 Pfennige gezahlt. Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und Wäsche unterliegen ebenfalls der Umsatzsteuer. Nach den amtlichen Feststellungen beträgt die Ausgabe für Heizung und Beleuchtung wöchentlich 2,40 Mark, worauf mindestens 5 Pfennige Umsatzsteuer entfallen, während die Ausgaben für Bekleidung und Wäsche wöchentlich 8 Mark ausmachen, worin die Umsatzsteuer mit 32 Pfennigen enthalten ist. Zusammen mit einigen Kleinigkeiten gibt also unsere Hausfrau Woche für Woche 37,85 Mark für Nahrungsmittel, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung aus und hat dabei 1,20 Mark Umsatzsteuer zu zahlen.

Eine Reihe von Waren ist einer besonderen Steuer, der sogenannten Verbrauchssteuer unterworfen. Auch diese Steuer wird, wie die Umsatzsteuer, vom Verkäufer verauslagt, aber von der Hausfrau, die der letzte Käufer ist, im Warenpreis mitbezahlt. Verbrauchssteuern sind die Zuckersteuer, die Steuern auf Essig, Zündwaren und Leuchtmittel. Hier bezahlt die Hausfrau für eine fünfköpfige Familie in der Woche etwa 20 Pfennige. Auch in den Preisen für Elektrizität, Gas und Wasser ist eine besondere Steuer enthalten. Da die Gemeinden durch die Erwerbslosigkeit und durch die Schuld der bürgerlichen Parteien in grosse finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, sind sie fast alle gezwungen, durch ihre Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke hohe Abgaben zu erheben. Diese Abgaben werden, wie die indirekten Steuern, in die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserpreise eingerechnet und müssen vom Verbraucher, also wiederum von der Hausfrau, gezahlt werden. Die Steuer, die die Hausfrau auf diese Weise ent-

richten muss, kann man wöchentlich auf etwa 70 Pfennige schätzen.

Die wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel sind weiter mit hohen Zöllen belegt, die dem Reich zwar grosse Einnahmen verschaffen, aber die Preise in die Höhe treiben. Diese Zölle entrichtet die Hausfrau wie die Umsatzsteuer und die Verbrauchssteuer. Ob sie Mehl oder Brot, Butter oder Schmalz, Kaffee oder Kakao, Eier oder Käse kauft, überall zahlt sie Preise, die durch die Zölle erhöht sind. Den Betrag, mit dem die Hausfrau auf diese Weise Woche für Woche zu den Reichseinnahmen beisteuert, wird man auf 2 Mark annehmen können. Das ist die Belastung, die der Verbraucher zu Gunsten des Reiches zu tragen hat. Hohe Zölle bedeuten aber hohe Preise. Wie hoch die Belastung, die auf Grund der durch Zölle in die Höhe getriebenen Preise entsteht, ist, entzieht sich der Berechnung. Sie dürfte ein Vielfaches der direkten Zollbelastung ausmachen.

Machen wir uns ein Bild, wie hoch die Belastung insgesamt ist. Die Hausfrau hat für eine fünfköpfige Familie pro Woche 37,85 Mark Waren eingekauft und dabei 4,10 Mark an Steuern und Zöllen entrichtet. Das ergibt eine direkte Steuerbelastung von rund 214 Mark im Jahr. Dazu kommen die Steuern, die der Familienvater zu entrichten hat. Die Lohnsteuer allein beträgt 1,45 Mark pro Woche. Weiter zahlt der Mann indirekte Steuern, wenn er Tabak und Alkohol kauft. Die Tabaksteuern dürften wöchentlich 60 Pfennige und die Alkoholsteuern 50 Pfennige ausmachen. Die gesamte Steuerleistung des Mannes beträgt wöchentlich also 2,55 Mark oder 133 Mark jährlich. Mithin beläuft sich die Gesamtbelastung des Arbeiterhaushalts auf 347 Mark. Das sind bei einem Einkommen von 3 300 Mark mehr als 10%.

Die Sozialdemokratie hat seit jeher alle Kräfte angespannt, um die indirekten Steuern, die den lebensnotwendigen Verbrauch belasten, zu beseitigen oder wenigstens zu ermässigen. Sie hat die Senkung der Umsatzsteuer von ~~2%~~ auf 3% durchgesetzt, sie hat die Halbierung der Zuckersteuer und die Beseitigung der Salzsteuer erreicht. Im Finanzprogramm des Sozialdemokraten Hilferding war die völlige Aufhebung der Zuckersteuer vorgesehen. Die Regierung Brüning dagegen hat die wenigen Monate, die sie im Amte ist, dazu benutzt, um die indirekten Steuern und damit die Steuerlast der Hausfrau zu erhöhen. Sie hat die Umsatzsteuer wieder von 0,75% auf 0,85% heraufgesetzt. Sie hat die Sonderumsatzsteuer für die Warenhäuser und Konsumvereine eingeführt, um den Hausfrauen jede billigere Einkaufsmöglichkeit zu nehmen. Sie hat die Mineralwasser besteuert und sie hat schliesslich die Zölle in einem Ausmass erhöht, dessen Wirkungen auf die Preise überhaupt noch nicht abzusehen sind. Schliesslich hat die Regierung Brüning ihre volksfeindliche Steuerpolitik durch Einführung der Kopfsteuer und der Krankenschein- und Arzneigebrühr gekrönt.

Geht diese Regierung des Bürgerblocks am 14. September mit Erfolg aus dem Wahlkampf hervor, so weiss man, was sie plant. Alle Erleichterungen, die Sozialdemokratie in jahrelangen Kämpfen bei den Massensteuern erreicht hat, werden nach und nach wieder beseitigt und neue drückende Lasten werden den breiten Massen auferlegt werden. Die Hausfrau als Steuerzahler hat das dringendste Interesse, dass das nicht geschieht. Will sie verhindern, dass sie in Zukunft noch mehr als bisher von ihrem kargen Wirtschaftsgeld an Steuern entrichten muss, dann muss sie am 14. September sozialdemokratisch wählen:
Liste 1.

SPD. Das Reichsstatistische Amt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats August auf 148,8 gegenüber 149,3 im Vormonat. Sie ist somit um 0,3 vH zurückgegangen. Innerhalb der Bedarfsgruppe "Ernährung" haben vor allem die Preise für Gemüse nachgegeben. Die Preise für Bekleidungsgegenstände haben ihren Rückgang verstärkt fortgesetzt".

+

+

+

Ueber die Entwicklung des Teuerungsindex geben wir folgende Zusammenstellung:

	<u>April</u>	<u>Juni</u>	<u>Juli</u>	<u>August</u>
Gesamtindex	147,4	147,6	149,3	148,8
Ernährung	142,8	142,7	145,9	145,3
Wohnung	127,5	129,8	130	130,2
Heizung und Beleuchtung	152,2	149,4	150,1	150,4
Bekleidung	167,6	166,8	165,5	163,2

In der Zeit von April 1930 bis Ende August 1930 hat sich der Index von 147,4 auf 148,8 erhöht. Es ist geradezu eine Groteske, wenn wir feststellen müssen, dass in dieser Zeit die Löhne abgebaut wurden, angeblich, weil sich Lebenshaltungskosten unter Druck der Krise verringerten. In diese Zeit fällt auch die Preissenkungsaktion des Reichskanzlers Brüning. Ihr Erfolg ist, dass sich der Teuerungsindex ständig weiter erhöht hat - und weiter erhöhen wird. Denn der Rückgang von 0,3%, den das Reichsstatistische Amt für den Monat August herausrechnet, ist als vorübergehend anzusprechen. Zwar ist der Bekleidungsindex gesunken. Das ist an sich zu begrüßen, für die Lebenshaltung von Millionen in Deutschland, deren Einkommen durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bis an die Grenze des Möglichen gesunken ist, aber weniger wichtig. Die Ausverkaufstage im August haben ja gezeigt, dass die breiten Massen selbst die Preise für billigste Stapelware nicht anlegen können, weil tatsächlich kein Geld dafür übrig ist. Was in den durch Krise betroffenen Arbeiterhaushalt einkommt, geht auf die Ernährung drauf.

Hier liegen die Dinge aber sehr bedenklich. Die Ernährungskosten haben im Laufe des August etwas nachgegeben, weil sich die Gemüsepreise ermässigten. Der Monat August bringt alljährlich sinkende Gemüsepreise infolge Ueberschwemmung der Märkte durch die deutsche Gemüseernte. Das hört erfahrungsgemäss bald auf. An Stelle einer Ermässigung der Ernährungskosten wird das Reichsstatistische Amt demnächst stärkste Erhöhung der Ernährungskosten feststellen müssen.

Das stimmt auch mit der Entwicklung des Index überein. Die für die Lebenshaltung wichtigsten Ernährungskosten sind von 142,8 im Monat April 1930 auf 145,3 im August 1930 gestiegen. In den nächsten Monaten werden sich auch die agrarpolitischen Massnahmen der Regierung Brüning-Schiele auf den Ernährungsindex geltend machen. In Frage kommt hier u.a. die Treiberei der Weizen- und Roggenpreise. Durch diese Treiberei - Herr Schiele hat sich einen neuen Kredit von 30 Millionen Mark dafür versichert - haben die Mehlpreise stark angezogen. Mit den Brotpreisen steht es aber so, dass sie mit steigenden Getreide- und Mehlpreisen nicht heruntergehen, dass sie aber sofort in die Höhe schiessen, wenn die Getreide- und Mehlpreise anziehen. Schon jetzt zeigen in verschiedenen Bezirken die Brotpreise Neigung zu einer Steigerung. Diese Tendenz wird sich demnächst stärker ausprägen. Wir stecken ohne Zweifel in einer neuen Teuerungswelle, die von den Ernährungskosten ausgeht. Es besteht die Gefahr, dass die Ernährungskosten den Teuerungsindex in ganz kurzer Zeit über den Stand des Vorjahres treiben werden.

Der Reallohn des Arbeiters, des Beamten und des Angestellten steht also gegenwärtig unter Druck von zwei Seiten. Auf der einen Seite wird er durch den Lohnabbau angeknabbert, auf der anderen Seite drückt auf ihn die neue Teuerungswelle. Das muss auch auf den deutschen Warenexport und die Beschäftigungslage ungünstigen Einfluss haben. Bitternotwendig ist ein Kurswechsel in unserer ganzen Wirtschaftspolitik, ein Druck auf die Preiskartelle, damit sich der auf den Weltmärkten erfolgte Preissturz in Deutschland endlich billigeren Preisen äussert. Die Regierung Brüning hat schon vor Wochen versprochen, etwas gegen die Preisdiktatur der Kartelle und der Trusts zu tun. Bei diesem Versprechen ist es geblieben. Die Regierung Brüning-Schiele, die sich rühmt, eine starke Regierung zu sein, ist gegenüber den Preiskartellen und der Preisdiktatur der Trusts schwach. Sie wagt nicht, ihr gegebenes Versprechen zu erfüllen. Sie will nicht gegen Preisunfug in Deutschland kämpfen. Dieser Kampf kann nur durch die Sozialdemokraten durchgeführt werden. Deshalb ist es notwendig, dass die Sozialdemokratie verstärkt in den Reichstag einzieht. Darum wird am 14. September Liste I (Sozialdemokraten) gewählt.

SPD. Aus Leipzig wird uns geschrieben: "Die Oeffentlichkeit hat sich schon vor längerer Zeit mit den Verlusten beschäftigt, die die Leipziger Stadtbank erlitten hat. Auch in der sozialdemokratischen Presse wurde die Angelegenheit ausführlich besprochen. Jetzt ist der Fall der Leipziger Stadtbank auf einmal in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung gerückt; wohl nicht ganz zufällig. So prangt die Anfrage, die der Leipziger Häuptling der Wirtschaftspartei dahingehend an den Rat der Stadt Leipzig gerichtet hat, ob man bereit sei, die Verantwortlichen schadensersatzpflichtig zu machen, an sämtlichen Litfassäulen der Stadt Leipzig. Man merkt die Absicht. Mit der Leipziger Stadtbank soll der öffentliche Betrieb getroffen werden, mit dem öffentlichen Betrieb die Sozialdemokratie. Damit stimmt schlecht überein, dass schon zu einer Zeit, in der die der Stadtbank zum Verhängnis gewordenen Grosskredite gegeben wurden, zwei bürgerliche Fachleute wie der Bankier Meyer und der ehemalige Bankdirektor Weber - jetzt Finanzdirektor der Thüringer Gasgesellschaft - bei der Leipziger Stadtbank tonangebend gewesen sind. Sie waren es auch, die den "Bankfachmann" Singer zum Bankdirektor machten. Im Falle der Leipziger Stadtbank steht fest, dass nicht das Institut versagte, sondern die Persönlichkeiten, denen man die Leitung des Instituts anvertraute.

Die Ursache der Verluste bei der Leipziger Stadtbank sind darin begründet, dass die Bank kleinere und mittlere Kredite gegenüber Riesenkrediten vernachlässigte, deren Risiken in einem ausgesprochenen Missverhältnis zu den eigenen Mitteln der Bank standen. Das Grundkapital der Bank betrug vor nicht langer Zeit nur 500 000 Mark und wurde erst später auf 2 Millionen Mark (nicht voll eingezahlt!) heraufgesetzt. Den Direktoren der Bank hat es offenbar völlig an dem nötigen Verantwortungsgefühl und dem nötigen Widerstand gegenüber Kreditsuchern gefehlt, die persönlich und geschäftlich wenig vertrauenswürdig waren. Ein Teil der von der Bank gewährten Grosskredite war schon vor längerer Zeit eingefroren, sodass die Bank vielfach die Geschäfte der Schuldner übernehmen musste. Mittlerweile hatte sich ein seltsames Gemisch von Konzern um die Stadtbank aufgebaut. Sie betrieb ein Sägewerk, sie handelte mit Butter, mit Tuchen, mit Grundstücken, sie unterhielt eine Autogarage usw. Ein grosser Teil dieser Grosskredite stammte wie gesagt aus der ersten Zeit ihrer Tätigkeit. Umso erstaunlicher ist, dass diese leichtfertige Art der Kreditpolitik bis in die letzte Zeit fortgesetzt werden konnte, obwohl es an Warnungen in der Oeffentlichkeit besonders von sozialdemokratischer Seite, nicht gefehlt hat. Der letzte, selbst in Anbetracht der Ungeeignetheit der Leitung fast unverständliche Fall ist das Geschäft mit der "Bankfirma" Kölbel & Levy, deren Einleger sich hauptsächlich aus den Kreisen der "ernsthaften Bibelforscher" zusammensetzten. Kölbel & Levy erhielten einen Kredit von mehr als einer Million Mark und es stellte sich später heraus, dass an Aktiven beider "Bank" schon Ende 1929 nicht mehr als 19 000 Mark vorhanden waren.

Die Stadtbank ist von dieser Firma durch betrügerische Machenschaften um einige hunderttausend Mark gebracht worden.

Man muss sich fragen, wie es möglich gewesen ist, dass die der Stadt für die Stadtbank verantwortlichen Instanzen die Dinge laufen und die als ungeeignet erkannten Direktoren solange ihr Treiben fortsetzen lassen konnte? Offenbar haben sie die Existenz der Stadtbank nicht durch Untergrabung ihres Ansehens in der Oeffentlichkeit gefährden wollen. Die Folge war aber, dass die Leiter der Stadtbank zwar die Garantie der Stadt hinter sich, aber nicht die öffentliche Kontrolle über sich gefühlt haben.

Das Ende war, dass die Stadt gezwungen war, Verhandlungen, die schon seit längerer Zeit über eine Fusion mit dem Sächsischen Giroverband geschwebt hatten, zum Abschluss zu bringen. Die Stadtbank Leipzig besteht also faktisch nicht mehr. Die Prüfung der Stadtbankforderungen durch eine Revisions- und Treuhandgesellschaft kam zu dem Ergebnis, dass die zweifelhaften Forderungen sich auf etwa 16 Millionen Mark beziffern. Die Zahl von 20 oder 22 Millionen, die in bürgerlichen Blättern genannt wurde, ist offenbar eine Uebertreibung zu Wahlzwecken. Nach einer Verlautbarung des Rates der Stadt Leipzig werden von den zweifelhaften Forderungen etwa 10 Millionen Mark verloren sein. Das ist immerhin reichlich viel. Sie sollen zum Teil aus Reserven der Stadtbank, zum grössten Teil aus den auf die Stadt Leipzig entfallenden Anteilen an den Gewinnen der neuen Bank gedeckt werden. Ob das ausreicht, kann bezweifelt werden. In jedem Falle ist die finanzielle Belastung, die der Stadt aus dieser Affäre erwächst, ernsthafter Natur.

Stützungsstelle kauft.

(Berliner Getreidebörse vom 30. August)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend ruhige Stimmung. Das Angebot, das an inländischem Weizen und Roggen herauskam, wurde zu um 2 Mark höheren Preisen als gestern von der Stützungsstelle aufgenommen. Darüber hinaus konnte sich aber ein nennenswertes Geschäft nicht entwickeln. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Notierungen für Weizen etwas höher, für Roggen unverändert, zeigten jedoch im Verlaufe der Börse Neigung zur Abschwächung. Die Geschäftstätigkeit am Mehlmarkt war sehr gering bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Auch bei Hafer und Gerste zeigten sich keine Veränderungen.

	<u>29. August</u>	<u>30. August</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	245 - 249	247 - 251
Roggen	183	185
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industrieroggen	183 - 198	183 - 198
Hafer	184 - 194	184 - 194
locò Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,00 - 36,85	29,00 - 37,00
Roggenmehl	25,00 - 27,50	25,25 - 27,50
Weizenkleie	9,25 - 9,50	9,35 - 9,60
Roggenkleie	8,75 - 9,00	8,75 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 258 (Vortag 258) Oktober 262 (260 $\frac{1}{2}$), Dezember 271 $\frac{1}{2}$ (270). Roggen September 187 (Vortag 187), Oktober 190 (190), Dezember 199 (199). Hafer September 173 (Vortag 173 $\frac{1}{2}$), Oktober 177 $\frac{1}{2}$ (177 $\frac{1}{2}$), Dezember 187 (187).

SPD. Am 1. Juni ist das Deutsche Zündholzsyndikat (Deutsche Zündholz-Verkaufs A.G. in Berlin) in die Deutsche Zündwaren-Monopolgesellschaft überführt worden. Das neue Unternehmen legt eine Eröffnungsbilanz vor, die ein Aktienkapital von 1 Million Mark und Verpflichtungen in Höhe von 8,9 Millionen Mark vorsieht. Auf der Vermögensseite sind die Warenvorräte ziemlich hoch, mit 1,594 Millionen Mark angegeben. Der Posten machte in der Bilanz des Zündholzsyndikats Ende Dezember 1929 nur 912 000 Mark aus. Es scheint also im Zündholzmonopol stärker auf Lager gearbeitet worden zu sein. Ueber die Geschäftslage wird gesagt, dass in den letzten Monaten eine vollkommene Absatzstockung eingetreten sei, die das Geschäftsergebnis ungünstig beeinflussen dürfte, Es sei aber anzunehmen, dass gegen Ende des Jahres wieder normale Absatzverhältnisse eintreten würden.

Die Abschlussbilanz des Deutschen Zündholzsyndikats sieht Gewinne von rund 162 000 Mark vor, wodurch sich der Verlustvortrag auf rund 30 000 Mark vermindert. Daneben hat das Unternehmen ein Defizit von 4,2 Millionen Mark. Dieses Defizit ist dadurch entstanden, dass das Syndikat Aussenseiter aufgekauft hat. Auch dürften auf diesem Konto jene Verluste zusammengefasst worden sein, die durch den Konkurrenzkampf gegen die Russenzündhölzer entstanden sind. Das Defizit soll allmählich durch Abschreibungen beseitigt werden. Weiter werden Rückstellungen in Höhe von 521 000 aufgeführt. Es handelt sich dabei um noch nicht endgültig festgestellte und strittige Steuerforderungen, die man gegebenenfalls zur Abdeckung des obengenannten Defizits benutzen will.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

19. Tag. V. Klasse. - Vormittagsziehung vom 30. August.

2 Gewinne zu je	10 000 Mk.	155684						
2 Gewinne zu je	5 000 Mk.	288606						
8 Gewinne zu je	3 000 Mk.	54	128496	250369	266680			
16 Gewinne zu je	2 000 Mk.	15399	46775	162430	213752	222674	266285	
		295522	323331					
32 Gewinne zu je	1 000 Mk.	298	25263	93447	99743	113932	124730	
		179923	184804	196692	197248	224812	265828	
		317134	323954	365815	377763			
106 Gewinne zu je	500 Mk.	5519	3847	5526	12031	19308	19458	
		38625	43157	48548	68620	72104	73685	
		77412	81387	84889	92392	104992	106961	
		107670	132717	144505	158686	177749	180016	
		184842	215214	218044	220696	225745	245903	
		246022	246032	246143	262163	264309	266752	
		273497	285300	290398	300350	300891	305991	
		315260	324093	326029	340073	340260	344916	
		347725	351778	370122	375556	387211		
214 Gewinne zu je	300 Mk.	5620	9162	13965	18517	20374	25001	
		26445	26935	27753	28267	28369	31808	
		33557	38254	41353	50834	52399	54537	
		55249	58412	60749	61339	74678	75022	
		78025	85779	86477	92451	93787	97266	
		97633	98672	108110	114298	119126		
		120508	120614	120783	123206	126035	130524	
		130717	136214	138790	144189	146522	155387	
		159732	161179	165992	172550	174076	176082	
		179443	180094	188847	204360	205712	206617	
		210511	211047	211888	212791	216953	217735	
		230178	232723	242063	268225	272282	277435	
		280677	281459	282915	300617	309164	311034	
		311763	318547	321858	321903	324316	325019	
		329867	338694	343698	344965	345120	346695	
		350469	351857	352015	354561	364828	366731	
		367755	376778	377081	381634	384789	389036	
		389306	389948	390628	391293	394576	399241	

19. Tag. V. Klasse. - Nachmittagsziehung vom 30. August.

2 Gewinne zu je	10 000 Mk.	129130					
2 Gewinne zu je	5 000 Mk.	12693					
2 Gewinne zu je	3 000 Mk.	233959					
16 Gewinne zu je	2 000 Mk.	122410	130481	227795	257661	327294	328599
		362997	366188				
32 Gewinne zu je	1 000 Mk.	17669	41180	70102	75622	83711	135319
		194025	251029	300386	306956	320849	344704
		347317	383930	393081	396483		

76 Gewinne zu je	500 Mk.	1760	8190	12014	13332	13634	26924
		33827	51219	55237	64754	80398	85574
		103209	148720	149724	155259	156769	157155
		164634	170845	195019	206357	225540	229128
		247793	260278	301244	318967	322601	326881
		341721	349914	374166	380889	385226	390112
		394768	396274				

158 Gewinne zu je	300 Mk.	5387	5579	10810	26227	30541	31444
		36964	41433	41685	45024	51105	71670
		72449	72880	77876	90514	93429	98759
		104993	108743	110741	113139	114373	121234
		121497	124089	125429	127260	130077	130947
		134808	139169	142202	150108	150268	153504
		156813	165681	167930	199736	200737	215528
		226671	228390	232071	232527	235728	238598
		245916	259141	260406	260961	264330	277842
		280261	281127	282999	283018	289921	290617
		292734	293743	295266	296735	301722	326153
		331721	334328	338941	351489	355472	361645
		364405	381137	382598	384400	386826	397758
		399073					

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je	500 000 Mk.	2 Gewinne zu je	50 000 Mk.
58 Gewinne zu je	25 000 Mk.	34 Gewinne zu je	10 000 Mk.
52 Gewinne zu je	5 000 Mk.	134 Gewinne zu je	3 000 Mk.
272 Gewinne zu je	2 000 Mk.	648 Gewinne zu je	1 000 Mk.
1566 Gewinne zu je	500 Mk.	4056 Gewinne zu je	300 Mk.

SFD.